

Freiheitliche Landtagsfraktion
Silvius-Magnago-Platz 6
I - 39100 Bozen (BZ)
Tel.: +39 0471 946158
freiheitliche@landtag-bz.org
freiheitliche@pec.prov-bz.org
die-freiheitlichen.com

An den
Präsidenten des Südtiroler Landtages
Herrn Dr. Josef Nogglar
Bozen

Bozen, den 27. Januar 2020

ANFRAGE

Integrationsprojekt „Kinder mit gleichen Chancen“

Aus der Beantwortung der Landtagsanfrage Nr. 632/19 betreffend die Beiträge für Initiativen und Projekte im Bereich Integration auf lokaler Ebene geht u.a. hervor, dass im Jahr 2017 die Bezirksgemeinschaft Vinschgau der Koordinierungsstelle für Integration das Projekt „Kinder mit gleichen Chancen“ vorgelegt hat. Das Projekt wies einen Kostenvoranschlag von 58.500,00 Euro auf. Seitens des Landes wurde ein Beitrag in der Höhe von 17.550 Euro genehmigt. Der Landesbeitrag wurde jedoch nie ausbezahlt, da die Belege, welche das Projekt betrafen, nicht anerkannt wurden.

Daraus ergeben sich folgende Fragen an die Landesregierung verbunden mit der Bitte um schriftliche Antwort:

1. Welche Inhalte sollte das Projekt „Kinder mit gleichen Chancen“ der Bezirksgemeinschaft Vinschgau aufweisen und welches wären die Ziele des besagten Projektes gewesen?
2. Von wem wurde das Projekt in Auftrag gegeben und wer wäre mit der Durchführung beauftragt worden?
3. Aus welchen Gründen wurden die Belege nicht anerkannt und welchen Bezug hatten diese zum Projekt?
4. Übernahm eine andere öffentliche Körperschaft den genehmigten Beitrag seitens des Landes in der Höhe von 17.550,00 Euro, zumal die Landesverwaltung die Belege nicht anerkannt hatte? Wenn Ja, um welche Körperschaften handelt es sich und mit welcher Begründung übernahmen diese den genehmigten Beitrag, der ursprünglich vom Land geleistet hätte werden sollen?


L. Abg. Ulli Mair



Bozen, 11.03.2020

Frau Abgeordnete
Ulli Mair
ulli.mair@landtag-bz.orgZur Kenntnis: Herrn Präsidenten
Josef Noggler
dokumente@landtag-bz.org**Antwort auf die Landtagsanfrage Nr. 693/20 betreffend das Integrationsprojekt "Kinder mit gleichen Chancen"**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

ich schreibe Ihnen betreffend Ihre Landtagsanfrage vom 27.01.2020 (Nr. 693/20) und darf Ihnen als zuständiger Landesrat wie folgt antworten:

Zu Frage 1: *Welche Inhalte sollte das Projekt "Kinder mit gleichen Chancen" der Bezirksgemeinschaft Vinschgau aufweisen und welches wären die Ziele des besagten Projektes gewesen?*

Die Sozialgenossenschaft Vinzenzheim betreut und unterstützt Kinder aus der Grund- und Mittelschule bei der Hausaufgabenbetreuung. Verstärkt wurden auch Kinder mit Migrationshintergrund in die Betreuung mit aufgenommen. Dies stellte an die Sozialgenossenschaft, die diesen Dienst gemeinsam mit den Sozialdiensten der Bezirksgemeinschaft Vinschgau versah, vor größere Herausforderungen. Die Schüler, vor allem die Grundschüler, benötigten eine stärkere Unterstützung, da sie auch teilweise die Sprache nicht gut beherrschten. Die Eltern arbeiteten oftmals ganztägig oder konnten sie selbst sprachlich noch nicht genügend fördern. Die Nachfrage für Betreuung an das Vinzenzheim stieg darum stetig an.

Das Ziel war es, den Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund durch eine gezielte Hausaufgaben- und Lernbetreuung sowie durch individuelle Fördermaßnahmen zu einem positiven Abschluss der Pflichtschule zu verhelfen. Dabei war es aber unumgänglich, dass der Lernende aktiv mitarbeitet. Durch die Vorgabe von klaren Linien und Verhaltensmustern sollte versucht werden, auf eine positive Entwicklung im Persönlichkeitsbereich, im Sozialverhalten und in den Wertvorstellungen der Heranwachsenden einzuwirken.

Zu Frage 2: *Von wem wurde das Projekt in Auftrag gegeben und wer wäre mit der Durchführung beauftragt worden?*

Das Projekt wurde von der Bezirksgemeinschaft Vinschgau eingereicht und von den Sozialdiensten der Bezirksgemeinschaft Vinschgau gemeinsam mit der Sozialgenossenschaft Vinzenzheim durchgeführt.

Zu Frage 3: *Aus welchen Gründen wurden die Belege nicht anerkannt und welchen Bezug hatten diese zum Projekt?*

Die Belege konnten leider nicht anerkannt werden, da das Projekt von der Bezirksgemeinschaft Vinschgau eingereicht wurde, sämtliche Belege aber auf die Sozialdienste der Bezirksgemeinschaft ausgestellt waren.



Zu Frage 4: *Übernahm eine andere öffentliche Körperschaft den genehmigten Beitrag seitens des Landes in der Höhe von 17.550,00 Euro, zumal die Landesverwaltung die Belege nicht anerkannt hatte? Wenn Ja, um welche Körperschaften handelt es sich und mit welcher Begründung übernahmen diese den genehmigten Beitrag, der ursprünglich vom Land geleistet hätte werden sollen?*

Die Kosten wurden von den Sozialdiensten der Bezirksgemeinschaft Vinschgau getragen.

Mit besten Grüßen

Philipp Achammer
Landesrat
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)